

A2 Kommunalwahl 2020: Heute schon an übermorgen denken

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 31.01.2018
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

1 Der Kreisvorstand wird beauftragt, einen Prozess zur Vorbereitung eines
2 Kommunalwahlprogrammes zu organisieren. In diesem Prozess sollen in
3 Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften, der Fraktion und ihren
4 Arbeitskreisen sowie der Mitgliedschaft politische Anträge zu den inhaltlichen
5 Schwerpunkten GRÜNER Politik erarbeitet und mit externen Expert*innen diskutiert
6 werden. Die Anträge werden jeweils von einer Mitgliederversammlung diskutiert
7 und bestätigt und bilden die Grundlage für das Kommunalwahlprogramm 2020.

Begründung

8 Mit dem Antrag "Halbzeit im Stadtrat: Zwischenbilanz und Ausblick" zeigen wir
9 GRÜNE, dass wir in Bielefeld entscheidend mitgestalten und willens sind, uns
10 weiterhin in der zweiten Halbzeit des Legislatur für eine GRÜNE
11 Stadtgesellschaft einzubringen. Dies geschieht in dem Wissen, dass es uns auch
12 in der aktuellen Koalition nicht an jeder Stelle gelingen wird, GRÜNE
13 Programmatik vollständig umzusetzen.
14 Ausgehend von einem wahlkampffreiem Jahr 2018 wollen wir die verfügbare Zeit
15 jetzt nutzen, GRÜNE Zukunftsideen für Bielefeld zur erarbeiten und sie jetzt
16 schon innerhalb und außerhalb unserer Blase zu diskutieren und im kommenden Jahr
17 2019 mit Projektplänen zum Leben zu erwecken. Auf Basis dieser Projektpläne soll
18 unser Kommunalwahlprogramm entstehen.
19 Durch den frühen Start soll es darüber hinaus ermöglicht werden, große Teile der
20 Mitgliedschaft in den Programm-Prozess einzubinden.

A3 Antrag zum Wechselmodell

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 15.02.2018
Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung

1 Wir halten das Wechselmodell grundsätzlich für eine gute Möglichkeit
2 Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herzustellen und den betroffenen
3 Kindern einen guten Kontakt zu beiden Elternteilen zu ermöglichen. Wenn es dem
4 Kindeswohl entspricht, sollte das Wechselmodell auch gegen den Willen eines
5 Elternteils angeordnet werden können.

Begründung

6 Warum

7 Das GRÜNE Gremium Bundesfrauenrat beschloss am 14.10.2017 unter dem Titel
8 „Selbstbestimmung und Gleichberechtigung“ unter dem Punkt „Alleinerziehende“:

9 „Wir sprechen uns entschieden gegen Bestrebungen aus, das Wechselmodell im
10 Sorgerecht zu standardisieren. Grundsätzlich setzen wir uns für
11 Partnerschaftlichkeit ein, aber das Wechselmodell kann nicht gegen den Willen
12 eines Elternteils funktionieren.“

13 Die Ausgangslage

14 Gemeint ist die Situation, dass Eltern sich trennen. Die Eltern entscheiden
15 dann, ob die Kinder bei einem von ihnen wohnen, sogenanntes Residenzmodell. Oder
16 ob die Kinder wechselnd bei beiden Elternteilen wohnen. Das Wechselmodell. Wie
17 das Wechselmodell gelebt wird, ist völlig unterschiedlich. Die Kinder können
18 drei Tage bei einem und vier Tage bei dem anderen Elternteil wohnen, oder fünf
19 Tage bei dem einen, zwei Tage bei dem anderen Elternteil. Oder, oder, oder. Es
20 heißt schlicht, dass das Kind bei beiden Elternteilen wohnt. Die konkrete
21 Ausgestaltung hängt völlig von den konkreten Gegebenheiten ab.

22 Können die Eltern sich nicht einigen, wo das Kind wohnen soll, entscheidet das
23 Familiengericht. Das betrifft also ausschließlich Fälle, in denen beide
24 Elternteile sich mindestens teilweise um die Kinder kümmern wollen, und
25 mindestens ein Elternteil damit nicht einverstanden ist. Das Familiengericht
26 wird fast immer eine*n Gutachter*in damit beauftragen, festzustellen, wie dem
27 Kindeswohl entsprochen werden kann. Nur in seltenen Fällen wird es vorkommen,
28 dass der Kontakt zu einem Elternteil dem Kindeswohl widerspricht.

29 Die derzeitige Gesetzeslage sieht so aus: Das Familiengericht darf das
30 Wechselmodell auch gegen den Willen eines Elternteiles anordnen. Das hat der
31 Bundesgerichtshof in höchster Instanz 2017 festgestellt. In der überwältigenden
32 Mehrheit der Fälle tut es das aber nicht, sondern ordnet das Residenzmodell an.
33 Auch die weiteren damit zusammenhängenden gesetzlichen Regelungen sind auf das
34 Residenzmodell zugeschnitten, beispielsweise beim Unterhalt.

35 Um den Beschluss des Bundesfrauenrates inhaltlich umzusetzen, wäre mithin eine
36 Gesetzesänderung erforderlich.

37 Es kann keine Regelung für alle Fälle geben

38 2015 forderte die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer
39 Resolution Nr. 2079 einstimmig die Mitgliedstaaten auf, in ihren
40 familienrechtlichen Regelungen die Möglichkeit des Wechselmodells nach Trennung
41 der Eltern zu schaffen. Die nationalen Regelungen sollten Ausnahmen nur zulassen
42 in den Fällen von Kindesmißbrauch, Vernachlässigung/Verwahrlosung und häuslicher
43 Gewalt. Wieviel Zeit das einzelne Kind bei den Elternteilen verbringt, sollte
44 sich nach den Bedürfnissen und Interessen des Kindes richten.

45 Völlig klar ist, dass in diesen drei von der Versammlung aufgeführten Fällen,
46 das Wechselmodell nicht vom Gericht angeordnet werden sollte und auch nicht
47 werden würde, denn man darf davon ausgehen, dass es dem Kindeswohl nicht
48 entsprechen würde. Völlig klar ist weiter, dass die Lebensumstände der
49 beteiligten Kinder und Eltern ein Wechselmodell überhaupt zulassen müssen. Wohnt
50 ein Elternteil in Berlin und das andere in Hannover, dann wird das Wechselmodell
51 nicht angeordnet werden, weil es nicht dem Kindeswohl entspricht. In jedem Fall
52 muss und wird das Familiengericht die konkreten Umstände prüfen und entscheiden.

53 Kompliziert – für die Eltern

54 Das Wechselmodell verlangt den Eltern ab, dass sie miteinander in Kontakt
55 bleiben. Eltern müssen sich abstimmen. In vielen Fällen sind Eltern nach einer
56 Trennung aber dazu nicht mehr gewillt. Noch komplizierter wird die Situation,
57 wenn neue Partner*innen in das Leben der Eltern treten. Dennoch bleibt eine
58 Konstante: Das Kind hat immer noch die gleichen Eltern. Für das Kind ist immer
59 noch dieselbe Person der Vater, dieselbe die Mutter. Diese Beziehungen zu beiden
60 Elternteilen zu schützen, ist im Interesse des Kindeswohles und es ist absolut
61 essentiell. Es wird also kompliziert – für die Eltern und im Interesse der
62 Kinder.

63 Bei gleichgeschlechtlichen Paaren wäre die Lage noch komplizierter, weil von
64 vornherein bis zu zwei Mütter und zwei Väter beteiligt sein könnten. In der Tat
65 erfordert das von allen Beteiligten die Bereitschaft, sich in hohem Maße
66 kooperativ zu verhalten. Nach jahrelangen Kämpfen haben wir erreichen können,
67 dass gleichgeschlechtliche Paare rechtlich gleichgestellt sind. Wer sich auf
68 eine solche Konstellation einlässt (Beteiligung von bis zu 4 Erwachsenen), der
69 sollte sich darüber klar sein, dass Beziehungsabbrüche zu Bezugspersonen für ein
70 Kind ein massives Problem darstellen und was das im Falle einer Trennung in der
71 Partnerschaft bedeutet. Keinesfalls kann es heißen, dass das Kind dann die
72 Person ist, die mit der komplexen Situation fertig werden muss, weil es auf
73 einmal zwischen vier Haushalten pendeln oder bis zu drei Bezugspersonen
74 verlieren soll. In jedem einzelnen Fall ist es Aufgabe des Familiengerichtes,
75 eine tragbare und dem Kindeswohl entsprechende Regelung zu finden, die aber ein
76 Gesetz unmöglich vorschreiben kann.

77 Frauen unterstützen, Männer unterstützen

78 Wir wollen, dass beide Elternteile sich in ihren Familien einbringen, gute
79 Bindungen zu ihren Kindern haben. Wir wollen, dass Frauen familiär entlastet
80 werden – durch ihre Männer. Frauen müssen jeden Tag wieder damit leben, dass vom
81 Arbeitgeber*innen und auch den Kolleg*innen bei jeder Entscheidung mitgedacht
82 wird, dass die Frauen ja entweder Kinder haben oder bekommen könnten und dann
83 ausfallen. Wegen Elternzeit, Teilzeit, kranken Kindern. Solange diese
84 Überlegungen mitschwingen, wird es Frauen immer wieder sehr viel mehr Mühe
85 kosten, Verantwortung im Job übernehmen zu können, überhaupt bestimmte

86 Jobs/Ämter zu bekommen und Karriere zu machen. Fundamental ändert sich daran
87 etwas erst, wenn die zugehörigen Männer sich selbst direkt in der Verantwortung
88 für ihre Kinder sehen. Und wenn auch die Arbeitgeber*innen, Kolleg*innen und
89 zugehörigen Frauen sie in dieser direkten Verantwortung sehen.

90 Wir wollen, dass Frauen beruflich aufgewertet werden – indem wir die Männer
91 familiär aufwerten.

92 Wir wollen, dass Männer Elternzeit nehmen – mehr als zwei Monate! Wir wollen,
93 dass auch mal die Männer zu Hause bleiben, wenn die Kinder krank sind. Wir
94 begrüßen es, wenn Männer Teilzeit arbeiten und sich mehr um Kinder und Haushalt
95 kümmern. Wir wollen, dass die Väter sich in der Verantwortung sehen. Das heißt
96 aber auch, dass wir ihnen nicht verwehren dürfen, sich nach einer Trennung um
97 ihr Kind zu kümmern.

98 Auch für die Fälle, in denen während der Partnerschaft eine Aufteilung der
99 Erziehungsaufgaben nicht stattfand, kann das Gesetz keine Vorgabe machen. Es ist
100 Aufgabe des Familiengerichtes die konkreten aktuellen Umstände festzustellen und
101 eine Entscheidung im Interesse des Kindeswohles zu treffen.

102 Ein Signal

103 Die juristische Möglichkeit, das Wechselmodell anzuordnen, allein wird kaum eine
104 wahrnehmbare Veränderung der Verhältnisse herbeiführen. Begleitend müssen die
105 Umstände geschaffen werden, damit es auch wirklich in großem Maße genutzt werden
106 kann. Jugendhilfemaßnahmen könnten beispielsweise Eltern dabei unterstützen für
107 ihre Kinder zu sorgen und mit ihren Expartner*innen in die notwendige
108 Kooperation zu gelangen. Eine gesetzliche Klarstellung, dass das Wechselmodell
109 (auch gegen den Willen eines Elternteils) angeordnet werden kann, wäre ein
110 Signal und nicht mehr. Wir würden nicht einmal die Rechtslage ändern. Wir würden
111 damit die Aufteilung der Erziehungsarbeit aufwerten und zeigen, in welche
112 Richtung unsere Gesellschaft gehen soll. In die Richtung einer juristischen und
113 gelebten Gleichberechtigung.

TOP 2 - A1neu Noch mehr GRÜN für Bielefeld

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 2. Halbzeit im Stadtrat: Zwischenbilanz und Ausblick

1 Seit Anfang 2015 arbeitet die GRÜNE Ratsfraktion mit der SPD-Fraktion und der
2 Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN in der sog. „Paprika-Koalition“ erfolgreich
3 zusammen. Auf der Basis eines Koalitionsvertrags hat die GRÜNE Ratsfraktion
4 bereits vieles umgesetzt und gemeinsam mit dem Oberbürgermeister zahlreiche
5 Projekte realisiert.

6 GRÜNE Politik ist erfolgreich, GRÜNE Politik wirkt nachhaltig: Erfolgreiche
7 Zwischenbilanz der „Paprika-Koalition“

8 Die GRÜNE Handschrift ist deutlich sichtbar, Natur- und Umweltschutz profitieren
9 durch unsere Arbeit: Wir konnten den Strothbachwald retten, die Johannisbachau
10 unter Schutz stellen und die ökologisch bewirtschafteten städtischen Flächen
11 sichern. Neue Initiativen wie „Urban Gardening“ konnten wir unterstützen. Die
12 Freilegung der Lutter in der Ravensberger Straße kommt, die Platanen-Allee
13 bleibt erhalten und ein Konzept zur Entwicklung des Lutter-Grünzugs haben wir
14 auf den Weg gebracht. Eine GRÜNE Erfolgsgeschichte ist das Mehrwegsystem für
15 Coffee-to-go-Becher. Und seit Januar 2017 bezieht die Stadt zu 100 Prozent
16 Ökostrom.

17 Im verkehrspolitischen Bereich haben wir die Verbesserung der
18 Fahrradinfrastruktur auf den Weg gebracht. Es gibt mehr städtische
19 Mitarbeiter*innen, die den Ausbau des Radverkehrs planen und realisieren. Den
20 Stillstand im Ausbau des ÖPNV konnten wir überwinden. Die Verlängerung der Linie
21 2 nach Altenhagen ist erfolgt und die Koalition hat beschlossen, die Linie 1
22 nach Sennestadt und die Linie 4 auf den Hochschul-Campus zu verlängern.

23 Dem Thema Wohnungsbau haben wir uns gestellt und Beschlüsse getroffen, die den
24 Bau des dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums in unserer Stadt ermöglichen.
25 Die ersten Wohnungen für Geflüchtete sind fertiggestellt, viele Bauvorhaben sind
26 auf den Weg gebracht und das Personal im Bauamt ist aufgestockt. Mit einem
27 „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ wollen wir die Zahl der zusätzlichen
28 Wohnungen bis zum Jahr 2020 erheblich steigern.

29 Im Jugend- und Sozialbereich konnten wir ebenfalls wichtige Akzente setzen: Die
30 Leistungsverträge sind verlängert – und zwar mit besseren Konditionen. Bei den
31 „Kosten der Unterkunft“ haben wir die Kriterien so geändert, dass mehr Menschen
32 in ihren Wohnungen bleiben und nicht mehr von ihrem Existenzminimum Miete
33 dazuzahlen müssen. Das Sozialticket konnten wir mit Landesmitteln weiterführen.
34 Wir haben Maßnahmen beschlossen, die die Kinder- und Jugendbeteiligung und auch
35 die Qualität der Arbeit in Kitas verbessern. Und wir haben erreicht, dass
36 weitere Kitas gebaut werden. Die dringend notwendige Inklusion haben wir
37 angepackt und den Inklusionsplan beschlossen.

38 Den Offenen Ganztag bauen wir weiter aus. Das Schulbudget ist erhöht. Und Eltern
39 können ihre Kinder in diesem Monat erstmals in zwei städtischen Sekundarschulen
40 mit längerem gemeinsamem Lernen anmelden. Schulen werden ermutigt und gefördert,
41 kulturelle Bildung stärker einzusetzen. Abgesichert ist das in einem im
42 Kulturentwicklungsplan verankerten Gesamtkonzept, das allen Bürger*innen
43 gleichermaßen den Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen soll. Die freie

44 Kulturszene stärken wir mit mehr Geld für Projekte und Investitionen. Und sie
45 kann jetzt mit Leistungsverträgen besser planen.

46 In den letzten Jahren sind viele Geflüchtete und Migrant*innen aus EU-Staaten
47 nach Bielefeld gekommen. In bewährter Weise haben Verwaltung, Kommunalpolitik,
48 Sozialverbände und unzählige ehrenamtlich Tätige für gute
49 Integrationsbedingungen gesorgt. Trotz schwieriger Finanzlage haben wir
50 erhebliche kommunale Mittel für Sprachkurse, mehr Quartiersarbeit und die
51 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Geflüchtetenarbeit
52 bereitgestellt.

53 Mit dem Handlungsprogramm zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,
54 trans- und intergeschlechtlichen Menschen haben wir einen entscheidenden Schritt
55 gemacht zur umfassenden Anerkennung aller Bielefelder*innen unabhängig von ihrer
56 Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung.

57 Der eingeschlagene Kurs der Haushaltspolitik hat sich bewährt: Auf der Basis des
58 Konsolidierungsvolumens von mehr als 70 Mio. Euro schreibt der städtische
59 Haushalt bereits zum zweiten Mal in Folge schwarze Zahlen – statt Defizite in
60 zweistelliger Millionenhöhe. Der geplante Haushaltsausgleich im Jahr 2022 ist
61 realistisch.

62 10 Grüne Punkte für ein besseres Bielefeld

63 Für die verbleibende Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2020 gilt es,
64 unser Profil zu schärfen und die GRÜNE Gestaltungskraft zu stärken. Insbesondere
65 auf folgende Punkte legen wir den Fokus:

66 1. Kommunale Klimaschutzpolitik

67 In Berlin stellt die Große Koalition die Klimaschutzziele in Frage und
68 verhindert den Kohleausstieg. Umso wichtiger ist es, dass wir hier in Bielefeld
69 den Klimaschutz weiter verbessern. Wir GRÜNEN wollen die CO₂-Emissionen in
70 Bielefeld bis 2050 erheblich senken (80 bis 90% im Vergleich zu 1990), den
71 Endenergieverbrauch bei der Wirtschaft und den Privathaushalten um 50% und den
72 KFZ-Verkehr um 40% reduzieren. Das geht, wenn wir energieeffizienter leben, eine
73 andere Mobilität ermöglichen, den motorisierten Individualverkehr reduzieren und
74 nachhaltiges Wirtschaften fördern. Innerstädtisches Grün wollen wir erhalten und
75 ausweiten. Den Verkehr auf dem Jahnplatz wollen wir reduzieren und die Nutzung
76 von Elektro- und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen erheblich ausbauen.

77 2. Haushalt in Ordnung bringen

78 Dank unserer konsequenten Haushalts- und Finanzpolitik wird Bielefeld spätestens
79 im Jahr 2022 wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben. Trotz aller notwendigen
80 Einsparungen ist es uns gelungen, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu
81 erhalten. Im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik wollen wir nun
82 Schulden abbauen und den Rücklagenverzehr stoppen.

83 3. Verantwortungsvolle Flächenpolitik

84 Unsere Stadt wächst. Wir brauchen tausende neue Wohnungen. Und wir brauchen
85 Flächen für Gewerbe und die Hochschulen. GRÜNE stehen für eine
86 verantwortungsvolle Politik mit Flächen als kostbares und begrenztes Gut, die
87 die Belange der Umwelt und des Natur- und Klimaschutzes berücksichtigt, ebenso
88 wie das „Cradle-to-Cradle“-Prinzip. Für uns steht deshalb Flächenrecycling,

89 Konversion und Nachverdichtung vor einer Ausweisung von Flächen auf der „Grünen
90 Wiese“.

91 4. Chancengerechtigkeit herstellen

92 Die soziale Ungleichheit, die Kinderarmut und die Zahl armer Menschen im Alter
93 nehmen auch in Bielefeld zu. Um die vielfältigen Ursachen dieser Entwicklung
94 wirkungsvoll bekämpfen zu können, brauchen wir einen integrierten Ansatz, der
95 die Bekämpfung von Armut und Bildungsbenachteiligung mit Quartiers- und
96 Stadtentwicklung verknüpft. In einigen Quartieren gibt es bereits gute
97 Erfahrungen mit solchen Projekten. Diese wollen wir weiterentwickeln und
98 ähnliche Projekte in weiteren Quartieren initiieren.

99 Wir möchten aber auch besondere Problemlagen und Menschen mit
100 Mehrfachbelastungen stärker in den Blick nehmen.

101 Wir möchten überprüfen, ob Wohnraumkontingente für Menschen mit
102 Mehrfachbelastungen (z.B. von Gewalt betroffene Frauen) geschaffen werden
103 sollten und sie im Übergang in die neue Wohnung durch nachsorgende Beratung
104 länger unterstützt werden können, damit sie nicht länger als nötig in den
105 entsprechenden Einrichtungen leben müssen.

106

107

108 Da gerade Familien mit kleinen Kindern und alleinerziehende Eltern von Armut
109 betroffen sind, möchten wir die Kita Beitragssatzung dahingehend überprüfen, ob
110 Kita-Beiträge für Eltern mit niedrigem Einkommen reduziert werden können.

111 5. Digitalisierung gestalten und Chancen nutzen

112 Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle unsere Lebensbereiche. Sie bietet
113 viele Chancen für mehr Transparenz zum Beispiel durch die Bereitstellung
114 wichtiger Umweltdaten (Jahnplatz, Verkehrszählung OWD) mittels open data. Sie
115 kann den Alltag erleichtern und uns bei der Erreichung von wichtigen kommunalen
116 Zielen wie Energieeffizienz oder mehr Bürgernähe durch E-Government
117 unterstützen. GRÜNE stehen nicht nur für die Schaffung der notwendigen
118 Voraussetzungen für die Digitalisierung (Breitbandausbau, freies W-Lan), sondern
119 auch für die Erhöhung der Möglichkeiten durch Digitalisierung in möglichst
120 vielen Bereichen der Verwaltung und des öffentlichen Lebens – natürlich unter
121 Wahrung des Datenschutzes. Wir wollen Bielefeld zu einer digitalen Zukunftsstadt
122 entwickeln.

123 6. Schule und Bildung weiter verbessern

124 Wir GRÜNE wollen die Schullandschaft mit einer fundierten
125 Schulentwicklungsplanung bedarfsgerecht ausbauen. Das Ziel dabei ist, dem
126 Elternwillen gerecht zu werden, Bildungsbenachteiligungen abzubauen und allen
127 Kindern in Bielefeld den bestmöglichen Bildungserfolg zu eröffnen. Dazu gehören
128 Schulen, die im Quartier vernetzt sind. Die Schulen wollen wir mit zeitgemäßen
129 digitalen Medien ausstatten, Medienkompetenz muss in der Schule vermittelt
130 werden. Den Offenen Ganzttag wollen wir weiter ausbauen und verbessern. Die
131 größte Investition in Schule wird der Neubau der maroden Martin-Niemöller-
132 Gesamtschule sein. Diesen Neubau wird es mit den GRÜNEN nur an dem Standort
133 geben, an dem auch das von Fachleuten entwickelte pädagogische Konzept umgesetzt
134 werden kann.

135 7. Integration als kommunale Zukunftsaufgabe

136 Für die Integration aller neu nach Bielefeld gekommenen Menschen sind wir gut
137 gerüstet. Dennoch müssen wir noch viel tun, damit sie dauerhaft erfolgreich ist.
138 Wir brauchen mehr Wohnungen und mehr Kitaplätze, zusätzliche Plätze an Schulen,
139 weitere Ausbildungsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten. In den Institutionen
140 muss ausreichend Personal vorhanden sein, um Integration zu fördern. Auch die
141 soziale, politische und kulturelle Teilhabe der Menschen haben wir im Blick. Wir
142 wollen eine bessere politische Beteiligung der Menschen mit
143 Migrationsgeschichte. Den Integrationsrat wollen wir erhalten. Die Stimme von
144 Geflüchteten muss politisch Gehör finden.

145 8. Ein Kulturhaus für Bielefeld

146 Bielefeld profitiert in vielerlei Hinsicht von seiner vielfältigen Kulturszene.
147 Vielen Kreativen fehlen aber Räume und Infrastruktur. Daher unterstützen wir
148 Initiativen, die sich auf den Weg zu einem Kulturhaus für Bielefeld machen. Die
149 Zwischennutzung von leerstehenden Räumen für kulturelle Zwecke wollen wir
150 ermöglichen.

151 9. Bielefeld setzt Zeichen für den Natur- und Artenschutz

152 Die Insekten sind ein Indikator für den Zustand unserer Umwelt. Als Bestandteil
153 des Ökosystems werden mit ihrem Rückgang viele andere Tier- und Pflanzenarten
154 verschwinden. Flächenversiegelungen, Monokulturen, Pestizideinsatz: Dies sind
155 nur drei Bausteine im tückischen Gefüge, das die Natur an den Rand der Existenz
156 treibt. Deswegen wollen wir GRÜNE unser vielfältiges Bielefelder Grünsystem und
157 die nachhaltige Landwirtschaft erhalten. Pestizide – Glyphosat, Neonikotinoide
158 und Co. – haben auf dem Feld und im Garten nichts zu suchen!

159 Immer wieder werden standortprägende, gesunde Bäume ohne Grund gefällt. Es wird
160 Zeit, unseren Bielefelder Bäumen den Schutz zukommen zu lassen, den sie
161 verdienen – auch auf privaten Flächen. Deswegen: Eine Baumschutzsatzung für
162 Bielefeld!

163 10. Partizipationsmöglichkeiten verbessern

164 Bürger*innen möchten ihre Stadt mitplanen und mitgestalten. Dabei reicht es
165 nicht aus, dass sie alle fünf Jahre den Rat wählen können. Wir wollen Formen der
166 Beteiligung schaffen, die möglichst alle Menschen nutzen können. Dazu gehören
167 bessere Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche sowie die
168 Förderung und Ausweitung der Beteiligungsinstrumente wie z.B. der
169 Bürgerwerkstätten. Entscheidungen wollen wir transparenter machen und digitale
170 Möglichkeiten besser nutzen. Die Stadtverwaltung braucht eine*n
171 Partizipationsbeauftragte*n!

TOP 5-A1 Gleichstellungsarbeit im KV Bielefeld – wir werden vielfältiger, bunter, mehr!

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 07.02.2018
Tagesordnungspunkt: 5. Gleichstellung im Kreisverband

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen für sich in Anspruch, die Gleichstellung auf allen
2 Ebenen voranzutreiben – wir fordern eine inklusive Gesellschaft, Schule, die
3 alle Kinder unterrichten, gleiche Gehälter und Repräsentanz von Frauen und
4 Männern, rechtliche Gleichstellung und ein Ende der Diskriminierung von LSBTIQ.
5 Schlicht: Wir wollen eine Gesellschaft gestalten, die Vielfalt als Gewinn
6 ansieht und sich von stereotypen Denkmustern trennen kann.

7 Festzustellen ist aber: Noch ist diese Gesellschaft eine Vision. Denn
8 verschiedene Menschen treffen Tag für Tag auf spezifische Hürden. Manche mehr,
9 manche weniger. Gepflogenheiten, informelle Hierarchien und Netzwerke, offene
10 Ressentiments und vieles mehr, machen Menschen die Partizipation schwer.

11 Doch es ist ein Problem, dass unter anderem Frauen, Migrant*innen, Menschen mit
12 Behinderung, Arbeitslose in Entscheidungsstrukturen unterrepräsentiert sind.
13 Ihre Perspektiven schlagen sich nicht ausreichend in Prozessen nieder, ihre
14 spezifischen Bedürfnisse finden kein Gehör.

15 Auch wir als Partei sind nicht frei von diesen wirkmächtigen Strukturen.
16 Informelle Gepflogenheiten und Hierarchien gibt es auch bei uns und machen
17 manche*r Neueinsteiger*in den Einstieg schwer. Nicht immer schaffen wir es,
18 Sitzungen und Kommunikationsstrukturen so offen zu gestalten, wie es nötig wäre.
19 Instrumente wie die Quotierung von Ämtern, Wahllisten und Redelisten sind ein
20 durchschlagender Erfolg. Doch wir wollen mehr erreichen, mehr Menschen
21 mitnehmen, einen weiteren Schritt gehen. Schauen wir auf unsere Gremien, die
22 Wahl der Delegierten für Parteitage, müssen auch wir feststellen: Wir sind bei
23 weitem nicht so vielfältig wie die Gesellschaft es ist. Und dies wollen wir
24 ändern.

25 Wir verstehen diesen Aufschlag dabei als den Beginn eines Prozesses, der
26 gelingen kann, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Nicht zuletzt im
27 Hinblick auf die 2019 anstehenden Listenaufstellungen für die Kommunalwahl gehen
28 wir es an!

29 Zunächst gründen wir eine offene Gruppe, die zum einen als Anlaufstelle für
30 Personen dienen sollen, die als GRÜNE in Partei und Fraktion aktiv werden wollen
31 und sich hierbei Unterstützung wünschen, unabhängig vom politischen
32 Interessensgebiet. Die Gruppe übernimmt zum einen Steuerungsfunktionen für den
33 Prozess und befasst sich zum anderen mit der Weiterentwicklung und Umsetzung
34 gleichstellungspolitischer Instrumente und Maßnahmen, in enger Zusammenarbeit
35 mit dem Kreisvorstand. Sie versteht sich als politisch, die Agenda wird durch
36 ihre aktiven Mitglieder bestimmt. Beispielsweise können verschiedenste
37 parteipolitische Beschlüsse oder sonstige politische Maßnahmen (bspw. Maßnahmen
38 der Stadt) auf ihre Auswirkung für die erwünschte Gleichstellung untersucht und
39 Positionen hierzu formuliert werden. Aktionen, Veranstaltungen und Fortbildungen
40 zu Themen der Gleichstellung könnten hier ebenso organisiert werden.

41 Folgende konkrete Instrumente schlagen wir für Fraktions- und Parteiarbeit vor,
42 um eine breitere Teilhabe zu ermöglichen:

- 43 • Wir wollen einen Mentorinnen Pool mit erfahrenen GRÜNEN Frauen aufbauen,
44 um Tandempartnerschaften zu vermitteln. So kann im vertrauensvollen Rahmen
45 Unterstützung geleistet werden. Dieses Angebot richtet sich dabei nicht
46 nur an Frauen.
- 47 • Flexibilisierung der Sitzungen: Für Menschen, die pflegen, kleine Kinder
48 haben, in anderen Orten arbeiten, oder beispielsweise nicht gut zu Fuß
49 sind, kann die Teilnahme an Sitzungen, die in erster Linie an dem von 8
50 bis 16 Uhr arbeitenden Bevölkerungsanteil ausgerichtet sind, ein Problem
51 darstellen. Wir streben eine Flexibilisierung dieser Sitzungen an:
52 Mitgliederversammlungen sollen auch mal an einem Samstagvormittag
53 stattfinden, die Teilnahme an Sitzungen von Kreisvorstand und Co. sollen
54 über eine Webinar-Software oder Videotelefonie auch von anderen Orten aus
55 möglich sein.
- 56 • Wir wollen die Sitzungsgestaltung flexibilisieren und über den Einsatz
57 verschiedener Methoden und Gesprächsformate mehr Raum für
58 niedrigschwelligere Diskussionen schaffen. Mitgliederversammlungen müssen
59 nicht immer im großen Plenum tagen; durch den Einsatz von Beamer und Co.
60 lässt sich das Verfolgen einer Sitzung erleichtern.
- 61 • Redeanteile: Die Quotierung der Redeliste wird in Sitzungen konsequent
62 durchgeführt. Zudem werden Menschen, die sich im Rahmen einer Debatte zum
63 ersten Mal melden, vorgezogen. Wir streben an, dass auch Berichte bei
64 Beibehaltung einer Quotierung erfolgen. Redebeiträge sollten bei Bedarf
65 begrenzt werden.
- 66 • Schriftliche Kommunikation: Wir kommunizieren unsere Positionen mehr in
67 einfacher Sprache und lassen uns dafür schulen. Wir prüfen für spezifische
68 Anlässe, mehrsprachige Angebote zu machen, zum Beispiel im Rahmen der
69 Wahlkämpfe
- 70 • Vor Sitzungen mit komplexeren Inhalten sollte eine Einführung anhand der
71 aktuellen Tagesordnung angeboten werden.
- 72 • Wir veranstalten Workshops für unsere Mitglieder, die die Gleichstellung
73 fördern sollen.
- 74 • Wir achten auf die Diversität unserer Referent*innen und Themen.
- 75 • Nach Möglichkeit wollen wir Veranstaltungen von
76 Gebärdensprachdolmetscher*innen begleiten und übersetzen lassen.

77 Im Rahmen der Jahreshauptversammlung 2019 wird ein Bericht über die Arbeit der
78 Gruppe vorgestellt.

Begründung

79 Wir verstehen unser Konzept als Aufschlag! Wir wollen einen Prozess in Gang
80 setzen, der unser Bewusstsein für und unsere Wahrnehmung von Diskriminierung und
81 informellen Strukturen stärkt. Dieses Konzept ist nur der Anfang und liefert
82 noch nicht die Antworten auf alle Probleme. Einige der vorgeschlagenen
83 Instrumente finden und fanden schon Anwendung. Neu ist jedoch, dass wir mit der
84 Gruppe eine Struktur schaffen, die eine kontinuierliche Befassung mit der
85 Problematik ermöglicht. Dies geschieht in Rücksprache mit dem Kreisvorstand und
86 als Anlaufstelle auch für die Ratsfraktion, Stadtteilgruppen etc.